



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Petras, Otto: Der deutsche Staatsgedanke

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der deutsche Staatsgedanke

Von Otto Petras



unter den inneren Folgen des Krieges wird, wenn nicht die wichtigste, so doch eine der wichtigsten sein: die erhöhte Bedeutung, die der Staatsgedanke in unserem Volke gewonnen hat. Nicht der Glaube an eine bestimmte geschichtliche Ausprägung der Idee des Staates, sondern das grundsätzliche Interesse an dieser Idee.

Wenn der Staat es wert ist, daß seinen Ansprüchen die nationalen Sonderwünsche dänischer, polnischer, tschechischer, rumänischer — und auch deutscher Staatsbürger sich unterordnen und daß Millionen für ihn ihr Leben in die Schanze schlagen, so muß der Staat doch etwas ungeheuer wichtiges sein: diese Wahrheit muß allmählich auch dem politisch Allergleichgültigsten aufdämmern. Wenn wir imstande sind, diesen mehr noch in einer Frage als in einer Antwort bestehenden, durch den Krieg lebendig gewordenen Staatsgedanken in der rechten Weise dem Volke zu deuten, dürfen wir hoffen, daß der Krieg uns politisch — dies Wort im höchsten Sinne verstanden — ein gutes Stück vorwärts bringen und alle politische Stumpfheit unter uns, die im Staate etwas Fertiges, Lotes und deshalb im Grunde Gleichgültiges sieht, ein Ende machen wird. Wenn uns durch den Krieg der politische Gedanke zum dauernden Gegenstand „der stillen Tätigkeit des Nachdenkens“ wird, dann hat uns der Krieg einen Segen gebracht, der eine unabsehbare Zukunft haben muß.

Allerdings droht gleichzeitig von hier aus eine Gefahr, die leicht allen erhofften Segen in sein Gegenteil verkehren kann. Denn auch der politische Mensch darf nicht vergessen, daß es höhere Güter gibt als den Staat, daß der Staatsgedanke unter der Bedingung jener höheren Ziele steht, und daß er zum Gözen wird, wenn sich die Staatsgesinnung zu dem Gedanken verdichtet: „Recht oder Unrecht, es ist mein Staat.“ Je größere und schmerzlichere Opfer uns das Leben unseres Staates jetzt kostet, um so ehrlicher müssen wir uns

prüfen, ob wir nur aus dem natürlichen Instinkt völkischer Zusammengehörigkeit heraus diesen unseren Staat um jeden Preis erhalten wollen. Für Naturvölker und werdende Nationen mag solcher natürlicher Trieb zur Art-erhaltung als Grund für einen Kampf auf Leben und Tod genügen. Ein reifes Volk muß wissen, daß der Staatsgedanke jenseits der Grenze des — wenn auch noch so erweiterten — Egoismus steht. Kein Staat hat ein Daseinsrecht bloß aus dem Grunde, weil er mein Staat ist. Es muß ein durchaus unpersönlicher, unnationaler, sachlicher Grund den Staatsgedanken bilden, wenn wir ihn als berechtigt, als Kulturgeanken anerkennen wollen.

„Und haben wir kein Vaterland,  
Wir haben Kraft im Arm;  
Und haben wir kein Vaterland,  
Uns schlägt das Herz so warm.  
Wills Gott, ist das im rechten Stand,  
Das schafft sich noch ein Vaterland.“

So sangen wir als Studenten, und die in diesen Worten gärenden Vorstellungen waren gewiß noch dunkel und unklar; denn ein neues Vaterland kann sich niemand schaffen, wohl aber einen neuen Staat. Aber das eben meinten wir auch: daß der Mensch den Staat schafft oder vernichtet, je nachdem er das Recht dieses Staates anerkennt oder nicht, und daß nicht umgekehrt der Staat durch sein bloßes Dasein und Sosein treue Staatsbürger zu erzeugen fähig ist.

Jeder Staat steht unter einer Bedingung: daß er eine Idee in sich berge, die ewigen Wert hat. Wo ein Staat diese Bedingung nicht achtet und sich damit begnügt, sein Recht bloß historisch zu erweisen, wird er schließlich seine besten Glieder sich entfremden, und sein Leben wird, sei es auch noch so lang und glanzvoll gewesen, ablaufen, ohne daß es der Menschheit und der Ewigkeit irgendetwas Bleibendes hinterließ. Deshalb war Bonapartes Machtbereich kein Staat, weil er keiner sittlichen Idee entsprungen war noch einer solchen diente, sondern auf einem ganz individuellen Machtwillen beruhte. Andererseits erscheint uns die Geschichte der kleinen griechischen Staatswesen des klassischen Altertums trotz ihrer Kleinheit als ein unvergängliches, reiches Erbe der Menschheit. Nicht wegen der Lebendigkeit dieser Geschichte und des menschlichen Interesses an einzelnen politischen Charakterköpfen, sondern wegen der Kraft des in diesem geschichtlichen Auf und Ab spürbaren antiken Staatsgedankens, der seinen klaren Ausdruck schließlich in den politischen Werken Plato fand. Nur ein Staat mit solchem inneren Leben ist ein wirklicher Staat. Einem Staat, der nur ein individuell-zufälliges, rein historisches Gebilde ist, wohnt kein unbedingter Wert inne. Ihm zu dienen, und wäre er der Staat des eigenen Vaterlandes, ist keine sittliche Tat, und es wäre selbst die Erhebung gegen diesen Staat der notwendige Appell an das göttliche Recht gegen menschliches Unrecht. Man erinnere sich hierbei an die Gründe, die Fichte

anführte, um zu beweisen, daß ein Volk, selbst in einer sogenannten Revolution, sich nicht empören könne. Der Staat bekommt damit den Charakter einer Person, insofern sein Leben nicht mehr der Güter höchstes ist, wenn es sich nicht einen des Lebens würdigen Inhalt gegeben hat.

Unter dieser Bedingung steht auch unsere Staatsgesinnung. Ja, nur um die sittliche Staatsidee, an die wir glauben, gegen eine zwar mächtige, aber grundsätzlich minderwertige, die uns in den sogenannten Demokratien Frankreichs und Englands gegenübersteht, zu retten, führen wir diesen Krieg und dürfen wir ihn führen. Wer in Deutschland diese unsere innere Lage so mißverstehen kann, daß er, den Sinn dieses Krieges für uns Deutsche zusammenfassend, meint, wir wollten das in der Welt zur Entwicklung bringen, was an wirtschaftlichen Kräften in uns liegt, der hat die Bedeutung dieser Zeitenwende nicht im entferntesten begriffen. Denn er will dann nichts, als ein neues England (mit deutscher Sprache) an die Stelle des alten setzen, oder, da auch hier dafür gesorgt ist, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen: er will als höchstes weltpolitisches Ziel das längst bekannte des Kampfes um „den Platz an der Sonne“, nur solle Deutschland von nun an etwas günstigere Bedingungen in diesem Kampfe haben. Also dafür kämpften wir: daß das deutsche Kapital und damit der Kapitalismus überhaupt gestärkt werde. Und für diesen Kampf sollen wir Schiller, Fichte, Stein und all die anderen großen Träger des deutschen Gedankens als Zeugen und Helfer anrufen?

Nein, wir kämpfen letzten Endes doch für etwas anderes: für das, was wir den deutschen Staatsgedanken nennen. Wir kämpfen zunächst für uns selbst, dann aber auch — ein freilich noch weites Ziel — für eine Neuorientierung der gesamten Weltpolitik nach dieser in uns lebenden Staatsidee.

Diesen deutschen Staatsgedanken finden wir nicht an der Oberfläche der deutschen Geschichte, wir kennen auch längst noch nicht des Deutschen Staat, wenn wir Deutschlands Technik, Kunst, Handel und Wissen kennen. Am besten gewinnen wir über diesen Gedanken Klarheit, wenn wir die Männer danach fragen, die diesen Staat geschaffen haben. Sie müssen den Gedanken in sich geboren haben, der dem deutschen Staat sein Recht gibt — oder er hat kein Recht, da zu sein.

Das neuere Deutschland hat drei schöpferische und eigentlich so zu nennende Staatsmänner gesehen: Friedrich den Zweiten, den Freiherrn vom Stein und Bismarck. Fragen wir, welcher Staatsgedanke sie trieb, so werden wir dem Verständnis dessen, was der Deutsche unter Staat versteht, näher kommen.

Die Staatsgesinnung des großen Friedrich ist bekannt. Sie ist gekennzeichnet durch das Wort: „Der erste Diener des Staates.“ Wir, denen die damit bezeugte Gesinnung als etwas Selbstverständliches erscheint, wissen doch trotzdem, daß sie ein Wunder in jener Zeit war, die eben das andere Wort gehört hatte: „Der Staat, das bin ich.“ Wir wissen nun zum mindesten über eine Seite des preußischen Staatsgedankens, der später zum deutschen wurde, Bescheid.

Wir wissen, was im preußischen Sinne ein Staat bedeutet: es ist ein Staat, in dem die Regierenden und Leitenden — und diese Begriffe wären aus dem rein politischen auf das geistige Leben ganz allgemein zu übertragen — nicht die Genießenden, sondern die Verantwortlichen und Dienenden sind. Ein Lehrer, irgendein Gebildeter mag danach erst der tausendste Diener des Staates sein, ein Diener ist er gewiß.

Mit diesem Gedanken begründete Preußen sein Daseinsrecht vor der Ewigkeit sicherer als durch die schlesischen Kriege. Oder richtiger gesprochen: dieser Gedanke als Leben und Tat machte die unerhörten Anstrengungen jener Kämpfe überhaupt erst möglich. Hier war eine Idee lebendig, die den Staat wahrhaft zum Staat macht.

Aber so groß diese Idee war, so ärmlich und unzulänglich war ihre Durchführung. Die Seele, die Friedrich der Große seinem Staate gab, lebte nicht in allen Gliedern des Staatskörpers, sondern nur in seinem Haupt. Der König stand mit seiner Idee allein, turmhoch über dem politischen Denken seiner Untertanen, die nichts anderes kannten und von denen er nichts anderes verlangte und wünschte als die erste Bürgerpflicht der Ruhe. „Seine Untertanen waren zu tief unter ihm“, das war nicht nur Herders Urteil. Das Wort Ludwigs des Vierzehnten galt, wenn auch in einem unendlich edlerem Sinne, auch für Friedrich: der Staat, das war und blieb er selber. Die überpersönliche Person des Staates blieb zugleich individuelle Person. Der Abstand zwischen Idee und Wirklichkeit führte zur Katastrophe: 1806. Damals unterlag nicht nur das „morsche, auf den Vorbeeren Friedrichs ausruhende“ Preußen, sondern es unterlag ein gutes Stück des allerrechtsten Friederizianischen Staatsgedankens. Es konnte nur eins aus dem Zusammenbruch retten: daß man den alten Staatsgedanken zu Ende oder richtiger, über sein Ende hinaus dachte. Stein war es, der es unternahm, die Staatsidee Friedrichs zum Gesamtbesitz des ganzen Volkes zu machen. Der Untertan wurde Staatsbürger. So wie durch Friedrich die oberen Schichten grundsätzlich aufgehört hatten, auf Herrschen und Vorrechte Anspruch zu haben, so hörte durch Stein die große Masse grundsätzlich auf, nur Geleitete und Bevormundete zu sein. Jedermann ward zum Staatsmann erklärt, und damit hatte der Staat einen großen Schritt vorwärts getan auf sein Ideal zu, das nichts anderes bedeutet, als den zur Einheitlichkeit erzogenen Gesamtwillen des Volkes. Was dieser neue Staatsgedanke bedeutete, wird am deutlichsten, wenn wir an die beiden großen Ideen denken, die er in jener Zeit hervorgebracht hat: die allgemeine Wehrpflicht und das allgemeine Bildungsrecht. Ward doch in jener Zeit Pestalozzis Geist in Preußen heimisch und widmete sich doch Stein selbst den Gedanken der allgemeinen Volksbildung. Die *Monumenta Germaniae* sind sein Werk.

Dieser Staatsgedanke steht im denkbar schärfsten Gegensatz zu dem, der zu derselben Zeit in den angelsächsischen Ländern immer mehr erstarkte: der Gedanke

der größtmöglichen formalen Freiheit für den einzelnen und des „freien Spiels der Kräfte“. Was hier Freiheit genannt wird, erscheint vom Steinischen Standpunkt aus als Willkür beziehungsweise in seiner notwendigen Folge als Unfreiheit. An diesem Punkte scheidet sich Stein deutlich von seinem Lehrer Adam Smith.

Gewiß erinnern wir uns mit Dank daran, welche Förderung der Steinische Gedanke durch die Männer und Gedanken der französischen Revolution erfahren hat, von denen auch Steins Denken befruchtet worden ist. Aber daneben war er doch ebenso durch seine deutschen Erfahrungen in Westfalen angeregt; und was das wichtigste ist: während Frankreich diese Idee entdeckte, um sie sofort durch die Art ihrer Verwirklichung für viele zu diskreditieren, machte der deutsche Staatsmann, der wahrlich kein lauer Kompromißler war, von ihnen sachlichen und fruchtbaren Gebrauch zur Rettung und zugleich zur Veredlung des Staates, dem er diente. Dies war zwar Preußen und nicht Deutschland. Er selbst aber hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß Preußen ihm nur Mittel zum Zweck sei; er konnte mit gutem Grunde von sich sagen: „Ich habe nur ein Vaterland, das ist Deutschland.“ Er meinte damit aber nicht irgendein geographisches oder sprachliches Deutschland, sondern das, welchem er die Bedingung stellte: „Wo die Freiheit ist und die Ehre, da ist das Vaterland.“ Wie überhaupt jener erste Grundsatz seinen Gegensatz nicht in irgendeiner Internationale, sondern im Partikularismus derer hatte, die ihm zuriefen: „Wir sind zu allererst Preußen.“ Man denke auch hier an Fichte. „Deutsches“ und „ausländisches“ Wesen waren ihm keine Gegensätze der Abstammung oder der Sprache, sondern des Wertes. „Was an Geistigkeit und Freiheit dieser Geistigkeit glaubt und die ewige Fortbildung dieser Geistigkeit durch Freiheit will, das, wo es auch geboren sei und in welcher Sprache es rede, ist unseres Geschlechts, es gehört uns an und wird sich zu uns tun. . . . Was an Stillstand, Rückgang und Zirkeltanz glaubt oder gar eine tote Natur an das Ruder der Weltregierung setzt, dieses, wo es auch geboren sei und welche Sprache es rede, ist undeutsch und fremd für uns.“

Der Versuch, die deutschen „Untertanen“ zu Staatsbürgern in diesem hohen Sinne zu erklären, war gewiß ein Wagnis; ein Unternehmen, zu dem der große Friedrich selbst vielleicht in überlegener Ironie gesagt hätte: „Vous ne connaissez pas assez cette maudite race à laquelle nous appartenons.“ Der Schüler hatte größeren Glauben als der Meister. Er vertraute, daß ein hoher Gedanke, zum Allgemeingut gemacht, auch eine allgemein erhebende Kraft haben werde und auch kleine Seelen groß machen könne. Den Beweis für die Wahrheit dieses Glaubens konnte nur die Zukunft bringen. Diese brachte zunächst allerdings eine überraschende Wendung des preußisch-deutschen Staatslebens. Preußen stellte sich zunächst als der einzige Staat heraus, der die staatliche Neuordnung Deutschlands in die Hand zu nehmen vermochte. Die neu erwachte Staatsseele formte sich, noch ehe sie selbst sich entwickelt hatte,

einen Riesenkörper. (Aber ist es in der Entwicklung des Einzelmenschen nicht ähnlich?)

Der staatsmännische Ausdruck dieser Zeit ist: Bismarck. Aber hier erhebt sich die Frage: war Bismarck überhaupt ein Staatsmann in dem hier gemeinten Sinne? Lebte er einem Staatsgedanken, der dem Friedrichs, Steins, Fichtes ebenbürtig war? Gewiß haben wir angesichts des Lebens Bismarcks den wundervollsten Eindruck davon, wie sehr hier Person und Werk ganz eins waren, wie hier ein Mann ganz und gar erschaffen zu sein scheint für seine Arbeit und seine Arbeit nur dieses Mannes wartend. Nie hat Deutschland einen Mann gehabt, dem das Leben im Staat und für den Staat so zum Leben überhaupt geworden war. Die Einheitlichkeit, Überlegenheit und Selbstsicherheit Bismarcks ist in diesem seinen gänzlichen Erfüllte sein vom Staatsgedanken begründet. Jeder Mensch findet sich selbst nur auf dem Umweg über eine sein Leben erfüllende Arbeit. Für ihn war diese Arbeit, die sein Ich fest verankerte, die Arbeit des Staatsmanns. Dadurch, daß er sich in dieser Arbeit restlos verlor — und fand, steht er als ein Mensch von ganz seltener Ganzheit vor uns, der eben deshalb jedes Menschen Seele ohne Unterschied der Nation und der Partei stärken und aufbauen kann; genau so, wie der Anblick des zu ähnlicher und doch ganz anderer innerer Vollen dung gelangten Goetheschen Lebens.

Aber der Staatsgedanke ist nicht nur dazu da, um einem Individuum, und sei es auch einem noch so hervorragenden, Lebensfüllung zu sein. Man kann freilich fast den Eindruck bekommen, als habe man bei den deutschen Jahrhundertfeiern zu Ehren Bismarcks sehr wenig daran gedacht, daß auch der Bismarcksche Staat unter jener Bedingung steht und nicht an sich eine Sache ist, die von ihren Erben um jeden Preis erhalten werden muß. Je größer das Werk des Kanzlers, und was seither aus ihm geworden ist, vor uns steht, desto ernster wird die Frage: wie steht es bei diesem wunderbaren Staatsbau mit seiner inneren Berechtigung? Hat er überhaupt eine sittliche Grundlage oder ist er tatsächlich nur ein Gewaltwerk, das ein Virtuose der Gewalt mit Blut und Eisen zusammengeschweißt hat? Eine der besonneneren französischen Zeitungen schrieb zur Zeit der Bismarckfeiern das Wort der Kritik und Selbstkritik: das Lebenswerk Bismarcks sei nur die Fortsetzung und Folge der Staatskunst Bonapartes — bloße Eroberungspolitik. Hat vielleicht nur der Erfolg unser Urteil über den ersten Kanzler getrübt, so daß wir das nicht mehr sehen? Würden wir, wenn Bismarck 1866 nach verlorenem Krieg den Tod in der Schlacht gefunden hätte, ähnlich über ihn urteilen, wie Treitschke in jener Zeit? Der schrieb damals über Bismarck: „Er besitzt bei aller Kühnheit und Beweglichkeit seines Geistes ein sehr geringes Verständnis für die sittlichen Kräfte des Völklerlebens. Diese Mißachtung der Ideen ist ihm gekräftigt worden durch die Verirrungen der öffentlichen Meinung in den letzten Jahren, da der Idealismus der Nation sich in Phrasen verflüchtigte.“ Heute

hält uns, indem wir vor aller Welt und gegen alle Welt uns als Bismarcks Erben erklären, von allen Seiten dieselbe Anklage in neuer Form entgegen: „Eure Kanonen sind gut, eure Gründe sind schlecht.“

Mehrere unter uns finden es überflüssig, ja lächerlich, sich mit derlei Bedenken zu befassen. Ein Leben wie das Bismarcks deute und verteidige sich selbst und brauche keine wohlmeinenden Advokaten. Und ebensowenig brauche eines Volkes gesunder Lebenswille eine Verteidigung. Alles Lebendige lache der Kritik, die schulmeisterlich meint: du solltest nicht lebendig sein.

Nur daß eben Leben und Leben zweierlei ist. In dem Drange, sein Leben hinzugeben, offenbart sich uns doch jetzt gerade die allergrößte Lebenskraft. „Das Lebendige will ich preisen, das nach Flammentod sich sehnet.“ Man braucht die natürliche Lebenskraft und Lebensfreude nicht zu mißachten und kann doch dabei an etwas noch höheres glauben. Man kann sehr wohl die innere Notwendigkeit und Größe an Philipp dem Zweiten bewundern und ihm gegenüber sehr andere Gefühle haben als ein Posa. So „realpolitisch“ aber sind wir doch wohl nicht, daß wir einen Reiz zum Lachen verspüren bei den Worten: „Sie haben Recht, Sie müssen. Doch daß Sie können, was Sie zu müssen eingesehen, hat mich mit schauernder Bewunderung ergriffen.“ Und eben diese schauernde Bewunderung ist die Form der Kritik, die wir jetzt von Menschen erfahren, deren Anteilnahme an den inneren Geschehnissen Deutschlands echt und erprobt ist. Wie steht es um das Recht dieser Kritik?

Stellen wir damit die Frage nach der ethischen Begründung unseres Staates und Reiches, so ist es schwer und gefährlich, eine kurze und glatte Antwort darauf zu geben. Schon aus dem Grunde, weil uns der Bismarcksche Staat selbst noch viel mehr Frage und Aufgabe bedeutet als Antwort und Lösung. Wenn wir trotzdem die Frage getrost und froh bejahend beantworten, so geschieht es zugleich im Bewußtsein, daß wir damit auch eine Aufgabe übernehmen. Es geschieht zugleich in der Überzeugung, daß der Bismarcksche Staat — in seinen tiefsten Grundlagen — nicht Bismarcks Schöpfung, sondern zugleich und voraus der Friederizianisch-Steinsche Staat war, von seiner weiteren inneren Vorgeschichte und ihren Grundlagen zu schweigen.

Wesen und Wert des neuen Deutschland hängt nicht allein von seinem Begründer ab, denn seine Aufgabe ging nach einer ganz bestimmten, aber eben nur nach einer Seite. Man verlangt von Friedrich dem Großen nicht, daß er seinen Gedanken zum Gemeingut der Masse machte. Man verlangt von Stein nicht, daß er den Wiener Kongreß mit eisernem Wesen auseinanderkehrte. Man verlangt vernünftigerweise überhaupt nicht mehr von der Geschichte als sie geleistet hat. Alles andere kann man nur von sich selber verlangen. Man verlange auch von Bismarck nicht, was tatsächlich nicht seine Lebensarbeit war — und was, grundsätzlich jedenfalls, schon da war. Genug, wenn er diese schon gegebene Grundlage nicht bekämpfte, wenn der Bismarcksche Staatskörper jenen seelischen Gehalt nicht überhaupt ausschließt. Und das war schon

im Sinne Bismarcks selber nicht der Fall, nur daß er, der Forderung des Tages sich unterwerfend, seinen Blick viel mehr auf die Machtfragen der äußeren Politik gerichtet hielt als auf die ethischen der inneren. Er abstrahierte dabei von jener inneren Begründung des Staatswillens, unter der auch er lebte, er schloß sie keineswegs aus. Ein Jahr nach dem angeführten Ausspruch Treitschkes gab er selbst darauf eine Art Antwort. „Meine Interessen an den auswärtigen Angelegenheiten sind nicht nur stärker, sondern zurzeit allein maßgebende und fortreibende, so daß ich, soviel ich kann, jedes Hindernis durchbreche, welches nur im Wege steht, um zu dem Ziele zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum Wohl des Vaterlandes erreicht werden muß. Das schließt nicht aus, daß auch ich die Überzeugung teile, daß den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Volkes erträglich ist, jederzeit zu erstreben, die Pflicht jeder ehrlichen Regierung ist.“ Zweifellos spricht sich hierin ja ein Staatsgedanke aus, der dem Friderizianischen mehr als dem Steinischen verwandt ist: hohe Anforderung des Führenden an sich selbst und seinen Dienst für das Ganze, bei geringerer Einschätzung der großen Masse; eine Tatsache, für die Treitschke einen wohl nicht ganz unrichtigen Grund angeführt hat. Zweifellos lag demgemäß auch einzelnes aus seiner inneren Politik, was dem Staatsgedanken im Sinne Steins sich zu nähern scheint, für Bismarck selbst, soweit es nicht überhaupt statt dem Ethos nur der staatlichen Klugheit entsprang, mehr in der Richtung der patriarchalisch-gerecht denkenden Staatsgesinnung Friedrichs des Zweiten. Unter diesem Gesichtspunkt ist zum Beispiel die Tatsache zu betrachten, daß die Reichsverfassung mehr auf die gleichmäßige und allgemein politische Betätigung aller Staatsbürger eingerichtet ist als die preußische Staatsverfassung. Ähnliches gilt von der sozialen Gesetzgebung.

Auch die schonende Behandlung Österreichs 1866 und die damit eingeleitete Bündnispolitik ist gewiß nicht in der „ideologischen“ Überlegung begründet gewesen, daß die äußere Politik sicherer auf Vertrauen und Gerechtigkeit als auf bloßer Macht aufgebaut wird. Aber es ist doch für diesen deutschen Staatsmann bezeichnend, daß ihn sein realpolitischer Instinkt hier wie in den eben berührten Problemen der inneren Politik denselben Weg wies, den Steins Staatsethik gewiesen hätte. Sind alle diese Ansätze bei Bismarck nicht idealistisch gedacht, so steckt jedenfalls in der Realpolitik, die er trieb, etwas, was oft sowohl seine Nachbeter wie seine Gegner nicht in Rechnung setzen: ein starkes Wirklichkeitsgefühl auch für die ewigen ethischen Gesetze und Grundlagen des Völkerlebens, Gesetze, die noch nie ungestraft von einer vermeintlichen Realpolitik ignoriert worden sind.

Was ergibt sich aus dem allen für uns? Das Geschick hat uns bestimmt, zu dem Bismarckschen Staat, das heißt zu der äußeren Gestaltung, die er dem einstigen preußischen Staat gegeben hat, ein letztes, entscheidendes Ja zu sprechen. Wir bejahren in diesem Kriege die Ausweitung des alten Preußen zum Deutschen

Reich und darüber hinaus zu einem geeinten Mitteleuropa. Das gibt uns aber auch zugleich die Pflicht, den Gedanken zu bejahen, der das alte Preußen trug. Es hat seit den Steinschen Reformen keine bewußte und lebendige Weiterentwicklung erlebt. Sie hervorzurufen ist die Aufgabe der deutschen Zukunft. Und hier werden wir uns an das Friderizianische Programm erinnern müssen: für diese Zukunft sind die materiell oder geistig Bevorzugten verantwortlich. Die Bismarcksche politische Kraft muß sich im neuen Deutschland mit Steinschen Ethos auf das innigste vermählen, wenn die Kraft nicht zur rohen Gewalt werden soll. Und jeder nachdenkliche Deutsche muß in diesem Kriege das wahre Verhältnis zwischen äußerer Macht und innerer Stärke eines Staates begriffen haben: daß nämlich auch im Staatsleben der Geist den Körper baut und nicht umgekehrt. Hüten wir uns davor, unsere Lage so zu betrachten, als sei das Leben des deutschen Geistes abhängig oder etwa gar hervorgebracht von seinem eigenen Kinde, dem deutschen Militärsystem.

Damit stecken wir die Ziele unserer Politik über uns selbst, über die deutschen Fragen und Bedürfnisse hinaus. Auch über die von „Mitteleuropa“ hinaus. Die ethischen Grundlagen des Staates, von dem wir sprechen, sind ja offenbar an keiner besonderen Nationalität orientiert oder an eine solche gebunden, sie sind allgemein menschlich gedacht und müssen anerkannt werden, wo immer ein Volk vor allem menschheitliche Forderungen an sich stellt. Das Volk, welches den sittlichen Staatsgedanken innerhalb seines eigenen Staatsgebiets zur Vollenbung bringt, leistet gleichzeitig der Menschheit einen Dienst. Die Arbeit an der eigenen Bervollkommnung ist der beste Dienst, den man anderen — Menschen oder Nationen — leisten kann. Nicht das ist damit gemeint, daß wir uns von der Arbeit der Ethisierung der äußeren Politik zurückziehen sollen, bis es in unserer eigenen Volksstube sauber geworden ist, ganz und gar nicht. Im Gegenteil, je mehr wir die Nöte der heimischen Politik kennen lernen, desto klarer werden uns die tiefsten Gründe der Fragen der äußeren Politik werden. Aber das werden wir dabei auch immer deutlicher erkennen, daß die Heilung auch hier nur von innen nach außen vor sich gehen kann. Der Glaube an die Begründung eines europäischen Staatenbundes und darüber hinaus eines Weltfriedensreiches ist auch unser Glaube. Aber man schelte und klage nicht darüber, daß dieser Glaube noch nicht wahr geworden ist, solange es diesseits und jenseits aller Staatsgrenzen noch Standesegoismus, Klassenhaf, soziales Elend und geistige Dumpfheit gibt. Hier heißt es für jeden: du Heuchler, ziehe zuerst den Ballen aus deinem Auge. Die Verinnerlichung des Völkerverkehrs kann, das sagt uns dieser Glaube, nur in dem Maße wachsen, als unser Volksleben verinnerlicht worden ist. Mit der blanken Parole: „kein Krieg mehr“ wäre, selbst wenn sie sich auf der Stelle durchsetzte, noch gar nichts wirkliches erreicht. Genau so wenig, wie durch ein überlegenes Heer und unüberrennbare Grenzsicherungen etwas wirkliches erreicht wäre.

Es ist bekannt, wie Bismarck über die Unerzogenheit der deutschen politischen Manieren geklagt hat. „Jeder, der heutiger Zeit in politischen Kämpfen gestanden hat, wird die Wahrnehmung gemacht haben, daß Parteimänner, über deren Wohlerzogenheit und Rechtlichkeit im Privatleben nie Zweifel aufgekomen sind, sobald sie in politische Kreise hineingeraten, sich von den Regeln des Ehrgefühls und der Schicklichkeit, deren Autorität sie sonst anerkennen, für entbunden halten und aus einer karikierenden Übertreibung des Satzes: „das öffentliche Wohl ist das höchste Gesetz“ die Rechtfertigung für Gemeinheiten und Roheiten in Sprache und Handlungen ableiten, durch die sie sich außerhalb der politischen und religiösen Streitigkeiten selbst angewidert fühlen würden. Diese Lossagung von allem, was schicklich und ehrlich ist, hängt undeutlich mit dem Gefühl zusammen, daß man im Interesse der Partei, das man dem des Vaterlandes unterschiebt, mit anderem Maß zu messen habe, als im Privatleben, und daß die Gebote der Ehre und Erziehung in Parteikämpfen anders und loser auszulegen seien als selbst im Kriegsgebrauch gegen ausländische Feinde.“ Hier berührt Bismarck die Grundlage des politischen Lebens überhaupt, ohne freilich sich bewußt zu sein, daß die hier von ihm ausgesprochene Forderung sehr weitreichende Folgerungen nach sich zieht. Denn man kann ebenso gut darüber klagen, daß man im Interesse des eigenen Staates, das man dem der Menschheit unterschiebt, sich noch weit größerer Roheiten schuldig macht, nach eben jenem Grundsatz: „das öffentliche Wohl ist das höchste Gesetz.“ Kann man aber eigentlich davon sprechen, daß dieser Schaden auf internationalem Gebiete größer ist, als jener unseres innerpolitischen Lebens? Sie sind doch wohl beide derselben Wurzel entsprossen. Es ist deshalb nicht halbherzige Anpassungspolitik noch verkappter nationaler Egoismus, wenn man sich den Glauben an den Staat durch den Glauben an die Menschheit nicht nehmen läßt, sondern es ist der Ausdruck unseres Glaubens, der überzeugt ist, daß alle wahren Lebenswege von innen nach außen gehen. Es hat uns Mühe gekostet einzusehen, daß man ein guter, braver Familienvater und prächtiger Charakter — und doch ethisch wertlos sein kann, wenn man kein soziales Gewissen für seine Volksgenossen hat. Wirklich gelernt haben wir das noch lange nicht. Dürfen wir uns wundern, wenn wir auf der höheren Stufe noch schlechtere Schüler sind, wo wir lernen sollen, daß Korpsgeist eines Standes (neuerdings behaupten einige, die es besser wissen sollten, das und nichts anderes sei Sozialismus), oder eines Volkes, daß aller Patriotismus wertlos sein kann, wenn er nicht unter der Bedingung der Menschlichkeit überhaupt steht! Man kann ein staatssozialistischer Professor sein und braucht doch von der höchsten Spitze des Gedankens, dem man selber dient, noch nichts geahnt zu haben. Es gibt keinen sozialen, keinen patriotischen Gedanken, er stünde denn unter der Bedingung der Humanität. Aber das ist erst Ahnung, Verheißung, Menschlichkeitshoffnung.

Ob wir Deutsche dazu berufen sind, solchen letzten Endes die Menschheit meinenden Staatsgedanken heraufzuführen? Ein Angelsachse soll im Verlauf

des Krieges das deutsche Volk für diejenige Nation erklärt haben, die den vollkommenen Staat suche. Das ist gewiß nicht in dem Sinne richtig und auch nicht gemeint, daß wir Deutschen eine besondere politische Veranlagung von Natur hätten. Unsere Geschichte beweist das Gegenteil. Aber eins hat dieses Volk: die Fähigkeit, etwas, was es als wahr und notwendig erkannt hat, auch gegen seine eigene widerstrebende Natur sich anzueignen, und zwar so, daß es sich selbst darüber vergessen kann. Das nennen wir in unserer Sprache: Sachlichkeit. Wir haben etwas davon erlebt an der Art, wie das deutsche Volk den Staatsgedanken behandelt hat. Kein Staat und Volk ist wohl von Natur weniger geeignet gewesen, die politischen Ideen der großen Revolution in sich aufzunehmen als Preußen. Daß diese Ideen wider seine eigene Natur gingen, lehrt jede Seite seiner Geschichte bis zum heutigen Tage. Ebenso aber auch, daß der ethische Staatsgedanke hier eine, wenn auch nicht fertige, sondern noch sehr problematische, aber doch sichere Heimstätte gefunden hat. Die Spannung, in der sich hier die höhere Staatsidee mit den natürlichen politischen Instinkten weiter Kreise befindet, bedeutet zugleich das Leben dieser Idee. Der Glaube an die politische Sendung Deutschlands bedeutet den Glauben an die Zukunft, nicht an etwas gegenwärtig Fertiges. Wenn man uns daher entgegenhält, die Verwendung hoher sozialethischer Ideen zu bloß nationaler Organisation sei ein Mißbrauch dieser Ideen, so antworten wir: ganz recht, nur glauben wir, daß es für das erste immer noch besser ist, sich im kleineren Kreise zu organisieren, als, da sich augenblicklich im großen nichts endgültiges machen läßt, die Hände in den Schoß zu legen. Dafür wollen wir schon sorgen, daß auf die Dauer über den tiefsten Gedanken dieser Organisation kein Zweifel bleibt. Das Bessere ist der Feind des Guten, eben deshalb ist es nicht weise, dem Guten nicht die Ehre lassen zu wollen, daß es doch immerhin gut ist. —

Worauf richtet sich nun unserer Glaube und Wille? Auf den deutschen Staat? Auf den Zukunftsstaat? Auf etwas was beides in einem ist: Civitas Dei.

